

Protokoll

Stadtrat von Thun **Sitzung 03/2013 vom 27. März 2013, 17.00 Uhr, Rathaus, Thun**

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Peter Aegerter Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst, Peter Fahrni, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Andreas Kübli, Nora Läng, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Fabienne Feller
Entschuldigt	Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller sowie Stadträte Serge Lanz und Simon Werren
Schluss der Sitzung	19.45 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Er weist darauf hin, dass an der heutigen Sitzung Filmaufnahmen für die Feierlichkeiten „750 Jahre Thuner Handfeste“ vom nächsten Jahr gemacht werden.

16. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14. Februar 2013

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

17. Kommissionen

Ersatzwahl von Stephan Friedli in die Pensionskassenkommission der städtischen Pensionskasse anstelle des zurücktretenden Daniel Iseli

Bericht des Gemeinderates Nr. 5/2013

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 27. Februar 2013, beschliesst:

1. Von der Demission von Daniel Iseli per sofort wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Daniel Iseli wird per 1. April 2013 als Mitglied in die Pensionskassenkommission der städtischen Pensionskasse gewählt: Stephan Friedli, geb. 12. Februar 1965, von Ochlenberg BE, Geschäftsführer WIA Wohnen im Alter AG, wohnhaft Unter der Fuhre 17, 3812 Wilderswil und zwar ab 1. April 2013 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2014 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

18. Jubiläumsfeier 750-Jahre Thuner Handfeste 1264-2014

Verpflichtungskredit für die Planung und Durchführung der 750-Jahre-Feier der Thuner Handfeste

Bericht des Gemeinderates Nr. 6/2013

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass die ganze operative Gruppe anwesend ist, dies spricht für die Motivation dieser Gruppe. Es liegen gute Ideen und ein vertretbares Finanzierungskonzept vor. Die Voraussetzungen sind gut, im Jahr 2014 die Feier würdig zu begehen.

Sandra Ryser-Liebi, **SAKO P+F**, ist der Meinung, dass es ein Team mit viel Wissen ist. Die konkrete Ausgestaltung der Aktivitäten ist noch offen und abhängig von den Beiträgen der Sponsoren. Die Stadt hat einen Beitrag von 220'000 Franken zugesichert, was einem Betrag von 10 Franken pro EinwohnerIn entspricht. Der Gemeinderat zeigt im Bericht auf, wie der städtische Beitrag finanziert werden soll. Man ist bestrebt, Sponsoringpartner zu finden. Es stellt sich die Frage nach dem bleibenden Wert des Anlasses. Die Idee mit den 750 Bäumen ist leider nicht umsetzbar. Auch gemeinsame Erlebnisse und Erinnerungen sind bleibende Werte. Wenn genügende Sponsoringbeiträge anfallen, können andere sichtbare bleibende Projekte realisiert werden. Ein Thunerweg ist eine gute Idee. Die SAKO ist gespannt, wie die Bevölkerung in den Anlass eingebunden wird. Die SAKO hat dem Kredit einstimmig zugestimmt.

Sandra Ryser-Liebi, **SVP-Fraktion**, sieht die Feier als Möglichkeit für Thun, sich als vielseitige Stadt mit attraktivem Wahrzeichen zu präsentieren. Der Marketingaspekt darf nicht vergessen werden. Das typisch Thunerische darf bei dieser Gelegenheit hervorgehoben werden. Der Schlossberg und die Altstadt sollen zur Geltung kommen. Es wurden vielfältige Projektideen vorgeschlagen. Die Realisierung aber ist abhängig von Dritten. Die volle Realisierung verursacht Kosten, die weit über 440'000 Franken hinausgehen. Die Basisfinanzierung von 220'000 Franken zulasten der Steuerzahler ist gegeben.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, empfindet das Finanzierungsmodell als recht kreativ. Es war ein historischer Ausnahmefall, dass eine Frau zur Übergabe der Handfeste zuständig war. Hoffentlich wird diese Tatsache nach dem Fest bekannter sein als heute. Die Fraktion ist 750 Jahre später bezüglich der Gleichstellung wesentlich fortschrittlicher. Es geht heute um einen stolzen Betrag, nämlich fast eine halbe Million Franken. Deshalb ist es wünschenswert, dass darin etwas enthalten ist, das die Feier überdauert. Gerade die Pflanzung von 750 Bäumen wäre eine gute Idee. Für den hohen Betrag werden vom Organisationskomitee kreative Ideen erwartet. Es darf nicht sein, dass die nächste Generation nach dem Fest nichts davon hat. Die Fraktion unterstützt den Antrag einstimmig und freut sich auf das Fest.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, befürwortet den Antrag einstimmig. Die Aktivitäten stellen Marketing für die Stadt und den Schlossberg dar. Der Fraktion ist wichtig, dass auch bleibende Inszenierungen wie der Thunerweg realisiert werden. Der Miteinbezug der Bevölkerung mit volksnahen Feierlichkeiten steht im Vordergrund. Der Beitrag von 10 Franken pro EinwohnerIn ist vertretbar. Die Fraktion unterstützt den Verpflichtungskredit.

Susanna Ernst-Reusser, **BDP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion dem Antrag einstimmig zustimmt. Sie durfte bereits bei der Feier zu „700 Jahre Handfeste“ dabei sein. Diese hat sie sehr gut in Erinnerung. Die Idee, dass ein Frauenteam für die Festlichkeiten verantwortlich ist, gefällt ihr besonders gut. Die Auflistung der Events ist gut und das Geld lohnt sich sicher. Frau Ernst hofft, dass das Mittelalter-Fest durchgeführt werden kann. Im Jubiläumsjahr 2014 wird es übrigens eine weibliche Stadtratspräsidentin geben. Aber ein kleiner Wermutstropfen ist, dass für die Elisabeth nicht eine Thuner Spielerin verpflichtet wurde.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, freut sich auf den historischen Moment, insbesondere auch auf die Einweihung des Schlossbergs. Die Projektideen gefallen. Der Mix aus historischen und modernen künstlerischen Veranstaltungen hat seinen Reiz. Die Kosten sind mit den budgetierten 440'000 Franken im Rahmen. Die Hälfte wird durch Spezialfinanzierungen und Kompensationen im Budget 2014 getragen, weshalb für den Steuerzahler Kosten von 5 Franken pro Kopf entstehen. Die Fraktion sieht dem Anlass freudig entgegen. Unter dem Aspekt „Anders als 1964“ wird erwähnt, dass sich die Weltpolitik stark verändert hat, auch die Bedeutung des Militärs in der Schweiz habe sich verändert. Das stimmt. Es geht der Fraktion nicht um eine politische, sondern um eine kulturhistorische Betrachtung. Der Thuner Waffenplatz ist eng verbunden mit der Stadtentwicklung und einer der grössten Arbeitgeber. Es gibt auch eine weibliche Sicht auf das Militär, die Schweiz hat eine moderne Armee mit Frauen in allen Positionen. Dieser besondere Aspekt fehlt der Fraktion. Dieser könnte in einer geeigneten Form in die Veranstaltung einfließen. Die Fraktion nimmt den Kredit einstimmig an.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, hat der Ideen katalog zu weiteren Ideen angeregt. Sie gibt die Ideen der Fraktion ungefiltert und undiskutiert weiter: Die Urkunde der Handfeste ist auf den 12. März datiert, die Festlichkeiten sind aber im April geplant. Am 12. März 2014 könnte man mit einem Zeichen in die Festivitäten starten. Auch nach den Feierlichkeiten sollte etwas sichtbar sein, man könnte einen Weg oder einen Platz neu benennen. Anstelle der 750 Bäume könnten vielleicht 750 Rebstöcke angepflanzt werden. Der Anlass könnte auch eine Gelegenheit sein, den heutigen USP, der auch auf jede andere Stadt passen würde, etwas thunspezifischer zu definieren. Es tauchten zwei Fragen auf: Die Mitarbeitenden des Projektes erledigen die Organisation im Rahmen ihrer regulären beruflichen Tätigkeit. Die Fraktion fragt sich, ob das Zeitbudget reicht. Zudem interessiert die Fraktion die Abgrenzung der Aufgaben zwischen der strategischen und der operativen Gruppe. Der vorliegende Ideen katalog ist interessant und kreativ. Im Bereich Sponsoring und Fundraising müssen Anstrengungen gemacht werden. Die ganzen Festlichkeiten sind auch PR für die Neugestaltung des Schlossbergs. Die Fraktion hofft deshalb, dass von dieser Seite auch ein Beitrag geleistet wird. Die Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Stadtpräsident Raphael Lanz bedankt sich für die positive Aufnahme. Die Ideen werden aufgenommen. Zum Teil werden offene Türen eingerannt. Die Ideen werden weiterverfolgt, konkreteres will Herr Lanz noch nicht sagen, da es immer auch davon abhängig ist, ob die jeweiligen Partner mitmachen. Es ist ein grosses Bedürfnis nach der Schaffung von bleibenden Werten da. Die Idee mit den Bäumen lässt sich leider nicht verwirklichen, aber es wird nach Alternativen gesucht. Die Welt hat sich seit den letzten Feierlichkeiten 1964 verändert. Der Waffenplatz und das Militär kommen einem betreffend das Jahr 1264 nicht in den Sinn, deshalb wird man da zurückhaltender sein. Betreffend das Zeitbudget: Die von der Stadt Thun Angestellten erledigen die Organisation im Rahmen ihrer Tätigkeit, die anderen Mitarbeitenden werden von ihren Arbeitgebern entschädigt und haben deren Bewilligung, während der Arbeitszeit an ihrem Projekt zu arbeiten. Die strategische Gruppe, bestehend aus Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Stadtschreiber Bruno Huwyl und dem Stadtpräsidenten, ist das Controlling-Organ und wird gewisse strategische Entscheide fällen, sowie die Finanzen überwachen. Herr Lanz bedankt sich für die positive Aufnahme, die zeigt, dass die Politik hinter dem Projekt steht.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 lit. a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 27. Februar 2013, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von Fr. 440'000.-- als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 565/1212.007.0, (Bestandesrechnungs-Konto Nr. 1179.10.01) für die 750-Jahr-Jubiläumsfeier der Thuner Handfeste im Jahr 2014.
2. Kenntnisnahme, dass die Hälfte der beantragten Mittel durch Kompensation im Budget und Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds finanziert wird.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

19. Postulat P 19/2012 betreffend faire Abgaben auf Strom für alle Thuner

FDP- und SP-Fraktion vom 25. Oktober 2012; Beantwortung

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Er unterstreicht, dass das Postulat nicht in erster Linie darauf abzielt, Steuern zu senken oder der Stadt Geld zu entziehen. Es sollen optimale Rahmenbedingungen für die Bevölkerung zum einen und den Werkplatz Thun zum anderen geschaffen werden. Es besteht Handlungsbedarf. Thuner Unternehmen produzieren in Thun und sichern damit Arbeitsplätze. Sie dürfen gegenüber Unternehmen aus Nachbargemeinden im Konkurrenzkampf nicht benachteiligt werden, weil sie die Netzinfrastruktur von Thun benutzen müssen. Die Vereinbarung von 2008 zwischen der Energie Thun AG und dem Gemeinderat war damals ein gangbarer Weg. Eine Alternative zur vorgeschlagenen Reduktion wäre es, die Abgabe stehen zu lassen, aber das Kostendach auf marktübliche Preise zu senken. Thun ist deutlich über den marktüblichen Preisen. Die Versorgungsvereinbarung ist bis 2015 gültig, die Konzessionsabgaben sind im Voranschlag aufgeführt. Weiter muss in Zukunft mit Steuerertragsreduktionen gerechnet werden. Genau aus diesem Grund kommt das Postulat zum richtigen Zeitpunkt, denn der Gemeinderat zeigt klar die Bereitschaft auf, jetzt die Herausforderungen anzunehmen.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, fällt in der Begründung des Postulats das Wort „Schattensteuer“ auf. Das Postulat passt in die Reihe von Vorstössen der letzten Zeit. Man will Steuern senken, der Stadt Thun Mittel entziehen und auf diese Art zum Sparen zwingen. Die PostulantInnen geben nicht an, wo die Stadt im Gegenzug sparen soll. Wenn es dann darum geht, Leistungen der Stadt abzubauen und die Einwohnerschaft deshalb reklamiert, wird die Verantwortung auf den Gemeinderat abgeschoben. Wenn man sparen will, muss man die Verantwortung übernehmen. Goldwil ist immer einen Sonderzug gefahren, obwohl es eigentlich zur Stadt Thun gehören würde. Es stellt sich die Frage, wieso nicht die Energie Thun AG die Versorgung von Goldwil übernimmt statt der BKW. So könnte Goldwil zeigen, dass es zu Thun gehört.

Es fragt sich, was die Gebührensenkung für Unternehmen wie Swisscom oder Cablecom, die auch den öffentlichen Grund nutzen, zur Folge hätte. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, hat Mühe mit dem Postulat und der Antwort des Gemeinderats. Der Vorstoss ist nicht als Prüfungsauftrag formuliert, sondern fordert explizit eine betragslich definierte „Steuersenkung“ und ein Kostendach. Es ist unklar, was die Annahme des Postulats wirklich bedeuten würde. Zum Thema Schattensteuer: Nicht jede Leistung an ein Gemeinwesen ist eine Steuer (Beispiel Baurechtszins). Bei der Energie Thun AG geht es um ein Versorgungsrecht und das Recht an der Nutzung von Grund und Boden. Die BKW hat damals 150 Millionen Franken für die Übernahme der Energie Thun AG geboten. Thun ist ein interessantes Versorgungsgebiet mit einem attraktiven Netz. Das exklusive Versorgungsrecht auf diesem Gebiet ist wertvoll. Das Postulat spricht nicht für die Sachkompetenz der KMU-Vertretung im Rat. Es handelt sich vorliegend nicht um eine Schattensteuer. Dass der Betrag auf den Rechnungen der Endkunden betragsmässig ausgewiesen wird, ist vom Stromversorgungsgesetz vorgeschrieben. Die Energie Thun AG zahlt in erster Linie die Abgeltung. Es ist naiv zu glauben, Strom würde in Thun billiger, wenn die Stadt ganz auf die Monopolrente verzichten würde. Die Energie Thun AG müsste die Entlastung nicht weitergeben. Dass eine Strompreissenkung politisch überhaupt mehrheitsfähig wäre, bezweifelt die Fraktion. Prüfwert ist, wieso die 5 Millionen Franken kalkulatorisch ausschliesslich auf den Strom umgelegt werden. Das Versorgungsmonopol betrifft schliesslich Strom und Gas. Es gibt sicher Gründe. Anzunehmen ist, dass das Unternehmen über eine finanzielle Entlastung durch die Stadt Thun nicht unglücklich wäre. Die aktuelle Vereinbarung läuft 2015 aus. Gemäss Eigentümerstrategie 2010 wird eine Neubemessung der Abgeltung auf diesen Zeitpunkt hin sowieso erfolgen. Der Vorstoss rennt offene Türen ein. Die Fraktion lehnt den Vorstoss ab.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist der Meinung, dass der Vorstoss nicht zu Fairness führt. Fairness wäre, wenn sich die kleine Minderheit, die momentan von einem etwas tieferen Energiepreis profitiert, an die grosse Mehrheit angleichen würde. Dies lässt sich aber rechtlich nicht einfach bewerkstelligen. Die Energiepreise sind im Wandel. Die Preise in Goldiwil können steigen. Die Vereinbarung von 2008 hat eine Geschichte, es stehen ganz konkrete Rechnungen dahinter. Beide Vertragspartner empfanden die Abgeltung bis anhin als fair. Von der Energie Thun AG darf auch etwas Ertrag an die Stadt Thun zurückfliessen. Die Stadt hat nicht primär ein Ausgaben- sondern ein Ertragsproblem. Der Stadt sollen durch das Postulat einmal mehr Mittel entzogen werden. Die Postulantinnen schlagen dazu keine Lösung vor. Die ohnehin schwierige Ertragslage der Stadt Thun darf nicht weiter verschlechtert werden. Die Goldiwiler haben im Rat verschiedentlich auf ihre spezielle Position hingewiesen und sich beklagt, dass sie zu wenig wahrgenommen werden. Wenn die Goldiwiler einen etwas besseren Energiepreis haben, führt das noch nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung. Im Übrigen ist es nicht opportun, den Energiepreis zu senken. Mit Gratislieferungen von Strom schafft man keine Anreize zum Stromsparen. Der Vorstoss ist unter vielen Aspekten untauglich. Die Vereinbarung muss sowieso überprüft werden. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Fraktion geteilter Meinung ist. Der Wunsch nach einheitlichen Abgaben auf dem Platz Thun ist nachvollziehbar. Eine Senkung wäre aber sehr schmerzhaft spürbar bei den Stadtfinanzen. Der Gemeinderat muss die Regelung sowieso überprüfen. Das Postulat verlangt aber nicht eine Prüfung, sondern eine Senkung.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Ausführungen. Der Gemeinderat gibt zu, dass die Abgabe ordnungspolitisch nicht richtig ist. Der Aufschrei im Rat ist verständlich, denn Thun hätte weniger Geld. Es geht aber nicht bei jedem Vorstoss der Fraktion um Steuersenkungen. Wenn mit dem Geld, das eingenommen wird, öffentliche Aufgaben finanziert werden, die der Allgemeinheit zugutekommen, ist es eine versteckte Steuer. Dann ist auch nicht verständlich, wieso Goldiwil weniger zahlt. Michael Gruber, der Direktor der Energie Thun AG, sagte in der Gewerbepost selber, dass der Preis von 3,1 Rappen pro Kilowattstunde sehr hoch ist. Der Zeitpunkt ist ideal, da 2015 die Vereinbarung ausläuft.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, bezieht sich auf das Thema Ordnungspolitik: Er bittet den Gemeinderat um Stellungnahme, inwiefern die Abgabe ordnungspolitisch nicht stimmen soll. Der Vorlage ist eine solche Aussage nicht zu entnehmen. Mit der heutigen Regelung sieht er keine Probleme.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, dankt für die spannende Diskussion. Er unterstreicht, dass die Steuern nicht abgeschafft werden sollen. Sie sollen beibehalten, aber auf das marktübliche Niveau angepasst werden. Es geht auch nicht um eine Senkung des Strompreises, sondern um die Anpassung der Gebühren. Zudem handelt es sich eindeutig um ein Postulat, nicht um eine Motion.

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass die Frage nach der Art der Abgabe oder Steuer nicht so einfach zu beantworten ist. Die juristischen Fragen gehen noch weiter. Hier soll keine dogmatische Diskussion geführt werden. Der Gemeinderat hat kein Interesse an einer Ungleichbehandlung auf dem Gemeindegebiet. Aber gemäss Art. 2 des Reglements über die Energie- und Wasserversorgung macht die Energie Thun AG die Versorgung eben mit Ausnahme von Goldiwil und eidgenössischen Militärbetrieben. Das Netz in Goldiwil gehört der BKW. Das ist eine komplexe Situation. Für den Stromkonsumenten sind die Gesamtkosten entscheidend. Die Abgaben sind nicht in erster Linie entscheidend, es kommt auch auf die Tarifierung an. Höhere Abgaben belasten KMU-Betriebe nicht in jedem Fall mehr. Der Gemeinderat nimmt den Vorstoss als Postulat entgegen und prüft deshalb, auch unabhängig vom Vorstoss, das Anliegen. Gespräche mit der Energie Thun AG haben bereits stattgefunden. Momentan hat die Stadt mit der Energie Thun AG eine sehr transparente Regelung. Das ist nicht überall so. Die Abgabenhöhe kann deshalb nicht so einfach verglichen werden. Vergleiche sind problematisch. Der Gemeinderat wird eine Lösung wählen, die für die Stadt und den Finanzhaushalt, aber auch langfristig für die Energie Thun AG stimmt.

Der Rat lehnt das Postulat mit 20 : 18 ab.

20. Postulat P 17/2012 betreffend Erstellung eines städtischen Konzepts Langsamverkehr

Fraktionen SP und Grüne vom 25. Oktober 2012; Beantwortung

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die gute Aufnahme. Es geht vorliegend nicht um einen weiteren Papiertiger. Es braucht ein Umdenken, der Stellenwert des Langsamverkehrs muss erhöht werden. Es braucht ein Konzept, das aufzeigt, welche Massnahmen die Verkehrsmittelwahl beeinflussen und den Langsamverkehr fördern. Ein Beispiel: Der Parkhausring soll mithelfen, den Parkplatzsuchverkehr zu reduzieren. Die Wirkung ist aber schwierig zu beurteilen. Ausgaben werden getätigt, ohne zu wissen, was zahlenmässig erreicht werden soll. Es fehlt an verlässlichen Zahlen zur Mobilität in Thun. Geeignete Massnahmen helfen sehr wohl, den Langsamverkehr zu fördern. Es besteht Potential. Die Hälfte aller Autofahrten sind weniger als 5 Kilometer lang, das ist eine ideale Velodistanz. Der Umsetzungshorizont ist sehr kritisch. Schon im Rahmen der Ortsplanungsrevision soll das Konzept erstellt werden. Bereits kleine Gemeinden brauchen dafür mehr als vier Jahre. Erschwerend kommt dazu, dass die Ortsplanungsrevision überladen wird.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, dankt für die positive Antwort des Gemeinderats. Der Fraktion ist nicht klar, ob das zu wählende Instrument vor der Ortsplanungsrevision angepackt wird und dann in das Gesamtverkehrskonzept integriert wird oder ob alles zusammen gemacht wird. Der Fraktion fehlt eine Stellungnahme des Gemeinderats zur Modal-Split-Veränderung. Diese müsste in ein zukünftiges Konzept unbedingt aufgenommen werden. Zum Fussverkehr: 45 % der Wege werden schon heute zu Fuss zurückgelegt. Das ist eine bedeutende Zahl und Grund genug, diesen zu fördern. Das zu Fuss gehen und dessen Förderung hat viele Vorteile: Fussgänger brauchen von allen Verkehrsteilnehmern am wenigsten Fläche, verursachen keinen Lärm und keine Schadstoffe, es entstehen geringe Kosten für die Infrastruktur und schafft Standortvorteile und Mehreinnahmen im Detailhandel und Tourismus. Das zu Fuss gehen ist gesund, erlebnisreich sowie umweltfreundlich. Etwas komplex sind die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Benutzergruppen, da die einen möglichst schnell von A nach B kommen und die anderen gemütlich spazieren wollen. Bei der Fusswegplanung müssen unterschiedliche Anforderungen berücksichtigt werden. Ein wichtiger Faktor ist die Sicherheit. Die weiteren Arbeiten diesbezüglich werden mit Interesse verfolgt.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass gegenseitiges Verständnis im Verkehr wichtig ist. Es braucht aber ein Konzept. Die demographische Entwicklung wirft vermehrt Fragen betreffend Langsamverkehr auf. Die Stellungnahmen im Mitwirkungsverfahren Weststrasse Süd zeigten, dass in dem Gebiet eine attraktive Erschliessung für den Langsamverkehr gefordert wird. Der Gemeinderat erwähnt, dass im Zusammenhang mit dem Velofahren schon viel realisiert wurde und ein Konzept Langsamverkehr habe sich auf die bestehenden Grundlagen abzustützen. Das Gesamtverkehrskonzept soll eine wirkungsvolle Koordination des städtischen Verkehrs ermöglichen. Die Frage der Umsetzung bleibt. Bei der Umsetzung braucht es viel Kompromissbereitschaft, alle Interessen müssen abgedeckt werden.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, hat Verständnis für das Anliegen. Thun hat einen grossen Anteil an stadtkreuzendem Verkehr. Es besteht sicher ein Interesse daran, dass der stadinterne Verkehr weitgehend in Form von Langsamverkehr stattfindet. Aber jede Verkehrsform hat ihre Berechtigung. Die Fraktion unterstützt die Prüfung der Frage im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts. Es geht um die Koordination verschiedener Verkehrsteilnehmer. Das Postulat lässt etwas das friedliche Nebeneinander vermissen, indem es den Langsamverkehr bevorzugt. Es sollte um die Qualität des Langsamverkehrs gehen und nicht um eine Steigerung des Anteils von Langsamverkehr. Die Fraktion hat Mühe damit, dass messbare Ergebnisse mittels Modal-Split-Veränderung erhoben werden sollen. Das heisst, dass zwingend eine Veränderung des Anteils des Langsamverkehrs erreicht werden soll, dies auf Kosten des anderen Verkehrs. Soll dies mittels schikanösen Massnahmen wie zum Beispiel der Schliessung von Fahrbahnen passieren? Das ist die Befürchtung der Fraktion. Der Vorstoss ist entweder unnötig oder falsch. Unnötig ist er, weil der Gemeinderat das Langsamverkehrskonzept im Rahmen der Ortsplanungsrevision prüft. Falsch ist er, weil er messbare Ziele für eine Modal-Split-Veränderung verlangt. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, meint, dass das vorliegende Thema mit dem Thema der Siedlungsplanung eng verknüpft ist. Mit einer „Pflästerli-Politik“, bezogen auf einen einzigen Nutzer, wird nichts erreicht. Die Nutzer dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Ganze muss etwas gesamtheitlicher angeschaut werden. Verkehrsfragen sind sehr komplex. Vom Gemeinderat wird erwartet, dass er die Fragen integriert betrachtet. Die Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates folgen und den Vorstoss überweisen.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, befürwortet ein gleichberechtigtes und verantwortungsvolles Miteinander des öffentlichen Verkehrs, des motorisierten Individualverkehrs und des Langsamverkehrs. Eine isolierte Betrachtung des Langsamverkehrs ist nicht zielführend. Die Fraktion befürwortet einstimmig die Überweisung des Postulats.

Gemeinderat Roman Gimmel weist auf die kantonalen Entwicklungsschwerpunkte (ESP) hin. Einer dieser Schwerpunkte ist der Bahnhof. Auf dem Bahnhofplatz werden 45'000 Bewegungen am Tag registriert. Das ist die oberste Ebene. Auf der regionalen Ebene gibt es das Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) auf Stufe Richtplan. Darin werden der Verkehr und die Siedlung zusammen angegangen. Siedlungsplanung und Verkehrsplanung werden heute Hand in Hand angegangen. Auf der dritten Stufe steht das Agglomerationsprogramm der zweiten Generation. Zudem gibt es die Strategie Stadtentwicklung, das höchste Instrument auf kommunaler Ebene, sowie Gesamtverkehrskonzepte. Innerhalb des Gesamtverkehrskonzeptes gibt es ein Radroutenkonzept. Für den Fussverkehr gibt es das noch nicht. Dies wird im Gesamtverkehrskonzept neu aufgenommen. In dieser Legislatur wurde die blaue Welle gemacht, diese ist erfolgreich. An der Weststrasse wurde 2011 das kleine geteerte Strässchen, das zum Stadion führt, mit einem Fahrverbot belegt, um die Velos von den Fussgängern zu separieren. In einem Dialog mit dem Neufeld-Leist und den Anstössern wurde herausgefunden, dass an dieser Stelle wohl Integration mehr angebracht ist als Separation und ein neues Schild wurde angebracht. Am Aarequai dagegen sollte das Fahrverbot am Wochenende aufgehoben werden, es wurde also Integration angestrebt. Dies führte zu viel Widerstand. Es gibt keine Patentrezepte. Schulwegsicherheit und Zebrastreifen sind immer wieder ein Thema. Im Februar hat der Gemeinderat das Veloverleih-System in Biel angeschaut.

Man ist auf guten Wegen. Viele Ideen wurden auf die Ortsplanungsrevision verschoben. Die Arbeiten werden 2015 in Angriff genommen. Es wird ein Gesamtprojekt sein mit vielen Teilprojekten, eines dieser Teilprojekte wird das Gesamtverkehrskonzept sein. Herr Gimmel richtet das Wort an Stadtrat Josi: Dieser geht von einem Nebeneinander aus. In der Innenstadt, wo der Platz so knapp ist, geht es sogar um ein Miteinander.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Ausführungen. Sie antwortet Herrn Josi: Die Mobilitätszunahme ist ungebremst, jedes Jahr werden mehr Kilometer zurückgelegt, im Jahr 2010 waren es in der Schweiz knapp 37 Kilometer täglich pro Person. Der Raum ist begrenzt. Der Mehrverkehr hat Auswirkungen, mit denen muss umgegangen werden. Es gibt bereits ein Konzept zum Parkieren, der Fokus darf einmal auf etwas anderes gelegt werden.

Der Rat nimmt das Postulat mit 26 : 12 Stimmen an.

Sitzungsunterbruch: 5 Minuten

21. Postulat P 18/2012 betreffend Brennstoffzellen-Hybridbusse, Versuchsbetriebe der STI

Fraktionen SP, Grüne und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2012; Beantwortung

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, stellt fest, dass aufgrund eines Sparprogramms bei der STI das Projekt von dieser nicht mehr unterstützt wird. Zudem wurden alle Vorschläge der regionalen Verkehrskonferenz Oberland-West vom Kanton abgelehnt. Der STI scheint es nicht mehr opportun, sich für visionäre Anliegen einzusetzen. Es zeigt sich einmal mehr, dass es nicht intelligent war, 120 Millionen bei der Motorfahrzeugsteuer abzuwickeln. Jetzt reicht es nicht mehr für Zukunftsvisionen. Die interessanten Projekte werden jetzt in anderen Kantonen durchgeführt. Die Aargauer nehmen die 5 Millionen gerne. Die Prüfung hat ja stattgefunden, deshalb soll das Postulat angenommen und dann abgeschrieben werden.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Die Fraktion ist interessiert an neuen Technologien mit Treibstoffersparnis und somit weniger Emissionen. Ein einfacher Anruf bei der STI hätte genügt, um zu erfahren, dass sie gar nicht in der Lage sind, einen solchen Betrieb durchzuführen. Die Fraktion bittet den Gemeinderat, die Technologieentwicklungen weiterhin aufmerksam zu verfolgen. Die Fraktion nimmt das Postulat nicht an.

Sabine Kaufmann, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die sorgfältige Abklärung des Postulats. Das Projekt ist nicht realisierbar. Die Idee ist vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzugreifen. Die Fraktion stimmt der Annahme und gleichzeitigen Abschreibung des Postulats zu.

Thomas Marghitola, **BDP-Fraktion**, ist grundsätzlich offen für neue Technologien. Da die STI den Versuch aber gar nicht ausführen kann, wird das Postulat nicht angenommen. Das Projekt gibt es bereits in Brugg, solch teure Projekte dürfen nicht doppelt aufgegleist werden. Das wäre ein unnötiger Mehraufwand. Zudem werden auf Bundesebene dieses Jahr strengere Vorschriften für Nutzfahrzeuge in Kraft treten. Ab 1. Januar 2014 werden alle Neubeschaffungen die Euro-6-Norm erfüllen. Auch in Thun werden schon von Gesetzes wegen die Busse sauberer. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats und lehnt das Postulat ab.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, ist stolz, dass sich die STI immer weiter entwickelt und auch bei der Beschaffung von neuen Bussen die Ökologie berücksichtigt. Die Ökonomie steht aber im Vordergrund. Den Versuch braucht es in Thun nicht, man kann von den Erkenntnissen anderer in der Schweiz oder im Ausland profitieren. Die strategischen Entscheide, beispielsweise der Standortentscheid der STI, müssen umsichtig gefällt werden und mögliche Entwicklung berücksichtigt werden. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Heinz Schürch, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die STI genug macht. Es fahren vernünftige Busse, die auch der Euro-Emissions-Norm 5 entsprechen. Recherchen ergaben, dass alle Busse der STI im Durchschnitt erst sechs Jahre alt sind. Ein Vorschlag darf gemacht werden, das wird nicht in Frage gestellt. Ein Versuchsbetrieb wäre aber betriebswirtschaftlich unsinnig. Zudem können die Erfahrungswerte des fünfjährigen Versuchsbetriebs in Brugg auf Thun heruntergebrochen werden und die STI wird dies sicher auch machen. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass natürlich letzten September ein Telefonat gemacht wurde. Damals wollte er eigentlich Diesel-Hybrid-Busse fördern. Auf Seiten der STI kam der Anstoss, einen Vorstoss zu Brennstoffzell-Bussen zu machen. Der Demonstrationsbetrieb wäre durch die Postauto Schweiz AG durchgeführt worden. Des Weiteren gibt es eine mobile Wasserstofftankstelle. Sollte man in Zukunft zu viel Solarstrom haben, könnte Wasserstoff für die Busse produziert werden. Es ist alles durchdacht.

Der Rat lehnt das Postulat mit 26 : 12 Stimmen ab.

22. Postulat P 20/2012 betreffend Konzept zur Siedlungsentwicklung nach innen

Fraktionen Grüne und SP vom 22. November 2012; Beantwortung

Suzanne Albrecht Wyss, **Fraktion Grüne**, hat anscheinend mit dem Vorstoss bei der Direktion Stadtentwicklung offene Türen eingerannt. Die Stellungnahme des Gemeinderats beantwortet aber leider die Frage des Postulats nicht. Gemäss Nachfrage in der SAKO wurde das Wort „Räumliche Entwicklungsstrategie“ tunlichst vermieden. Man will sich nämlich alle Freiheiten offen lassen. Die Siedlungsentwicklung nach innen wird immerhin weiter verfolgt. Die Umnutzungen der Selve und der Emmi sind im Bau. Es stellt sich die Frage, wo erschwingliches Wohnen an gut erschlossener Lage ermöglicht werden soll. Einmal mehr wird auf die Revision der Ortsplanung hingewiesen. Alle schwierig zu lösenden Konflikte werden auf 2015 verschoben. Eigentlich wäre jetzt der Zeitpunkt ideal, um die Strategien und Analysen zu machen. Die Fraktion erwartet, dass der Gemeinderat dem Stadtrat oder zumindest der SAKO Kenntnis über die laufenden Studien gibt, denn das Thema birgt viel politischen Sprengstoff.

Thomas Marghitola, **BDP-Fraktion**, nimmt den Antrag des Gemeinderats an. Die Verdichtung ist eine wichtige Zielrichtung. Gesetzlich gesehen muss nach RIG heute schon der Nachweis einer inneren Verdichtung erbracht werden. Das Stadtbild wächst jetzt schon von innen nach aussen. Es muss aber zum Ortsbild Sorge getragen werden. Die Stadt soll jetzt Einfluss nehmen, das erfordert die ZPP. Die ZPP muss konsequent bei stadteigenen Bauten, nicht aber bei Privatbesitz, Anwendung finden.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die gewählte Richtung in Bezug auf das verdichtete Bauen die richtige ist. Interessant ist die ganze Kaskade von nationaler über kantonale zur regionalen Stufe. Dahinter steckt viel Arbeit. Herr Deriaz hat noch zwei Anmerkungen: Das Wort Strategie steht für Zukunft. In der Entwicklungsstrategie soll es deshalb um bestehende oder zukünftige Objekte und Zonen gehen. Wichtig ist, dass die Strategie nicht als Mittel zum Ausschluss verwendet wird. Die Strategie darf nicht dazu führen, dass gewisse Parzellen blockiert werden. Es muss möglich bleiben, neue Quartiere entstehen zu lassen. Es muss ein Dialog mit der Bevölkerung geführt werden. Die Fraktion kann mit den Aussagen zu den qualitativen Verfahren nichts anfangen, dies müsste noch präzisiert werden. Sie nimmt das Postulat an, da die Stossrichtung grundsätzlich stimmt, hofft aber, dass den vorgebrachten Bedenken Rechnung getragen wird.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, findet das Postulat sinnvoll im Hinblick auf die Ortsplanungsrevision. Die Fachleute bewegen sich bereits in diese Richtung. Auch wenn das Postulat offene Türen einrennt, die Fraktion steht dahinter.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass sich vor 50 Jahren niemand vorstellen konnte, wie die Stadt heute aussehen würde. Heute ist man besser in der Lage, abzuschätzen, wie sich eine Stadt entwickeln wird. Eine räumliche Entwicklungsstrategie kann der richtige Weg sein, sich Gedanken darüber zu machen, wie sich eine Stadt entwickeln soll.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, empfindet das Anliegen als berechtigt. Die formulierten Zielsetzungen sind plausibel. Eine vermehrte Siedlungsentwicklung nach innen ist auch nach Ansicht der Fraktion wünschbar und soll gefördert werden. Das Postulat rennt sicher offene Türen ein. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

23. Interpellation I 9/2012 betreffend "Blütenreich" und Leistungsangebot der Stadt Thun

SVP-Fraktion vom 22. November 2012; Beantwortung

Gemeinderat Gimmel, führt aus, dass zum Stadtfriedhof eine Stadtgärtnerei gehört, welche Pflanzen für sämtliche öffentlichen Grünanlagen produziert. Aus naheliegenden Gründen wird noch ein Blumenladen betrieben. Vorliegend heisst der städtische Blumenladen „Blütenreich“. Schon der Name ist vielfältig in der Interpretation und deutet auf Innovation hin. 2010 war das Jahr der AVP (Aufgabenverzichtsplanung). In Massnahme 90 der AVP wurden damals Massnahmen betreffend den Blumenladen definiert und Zielvorgaben formuliert. Der Vergleich von früher zu heute zeigt, dass der Blumenladen heute optisch besser aussieht. Das Angebot ist heute vielfältiger und marktorientierter. Zudem werden heute fast schwarze Zahlen geschrieben. Aus Sicht des Gemeinderats sollte das Blütenreich jetzt nicht über den eigenen Erfolg stolpern. Die Spielregeln sollen nicht während dem Spiel abgeändert werden. Es ist das Jahr 2014 abzuwarten und zu schauen, ob die Zielvorgaben erreicht werden. Das Blütenreich muss als Teil eines gesamten modernen Dienstleistungsunternehmens verstanden werden.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, ist teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, bezieht sich auf den Artikel in der Gewerbepost. Die Fraktion reagiert auf Anliegen der KMU, wie dies ihre Aufgabe ist. Der Vorstoss ist ordnungspolitisch motiviert. Es geht nicht darum, die Arbeit oder Leistung des Blütenreichs zu kritisieren. Das Geschäft bietet heute sicher ein attraktives Angebot an. Darum geht es heute nicht. Die Stadt Thun soll sich auf die zwingend zu erbringenden Leistungen beschränken. Zu diesem engeren Kreis gehören Hochzeitsarrangements usw. nicht. Eine Konkurrenzierung von privaten Unternehmen soll nicht sein. Zur AVP-Massnahme: Wenn man sich aufgrund eines politischen Entscheids dazu verpflichtete, diese Leistung anzubieten, die über das notwendige hinausgeht, dann muss sie rentabel sein. Man hat dies in der AVP erkannt und steuert jetzt langsam auf das Ziel hin. Aber man ist heute noch nicht an diesem Ziel angelangt. Argumente wie die Lehrlingsausbildung sind keine Legitimationsgründe. Auch Private bieten Lehrstellen an. Der Gemeinderat sieht keinen Handlungsbedarf, dies wird zur Kenntnis genommen.

Lukas Lanzrein (SVP) persönlich ist der Meinung, dass wenn man keinen Handlungsbedarf bei den Ausgaben der Stadt sieht, man wenigstens bei den Erträgen der Stadt Handlungsbedarf sehen müsste. Er wartet auf konkrete Taten. Der Gemeinderat muss zeigen, wie er das Problem bei den Einnahmen in den Griff bekommen will. Es reicht nicht, bei jeder Gelegenheit das Problem aufzuzeigen.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass hier einerseits die liberale Marktentwicklung, aber auch der gesunde Menschenverstand zu beachten sind. Die Synergien machen Sinn. Die Blumen können so auch den Angehörigen, die den Stadtfriedhof besuchen und ein Grab selber bestellen, verkauft

werden. Die Idee, einen grösseren Blumenladen mit einem breiteren Angebot zu machen, ist marktwirtschaftlich richtig. Die Stadt Thun denkt unternehmerisch, das ist lobenswert. Dank der AVP 2010 wurde der Rechnungsabschluss seither verbessert. Dies wird anerkannt. Auch lobenswert ist das Ausbilden von Lernenden, das kommt der gesamten Branche zugute. In der Gewerbepost steht, die Stadt soll sich nicht in die Belange der Gewerbler einmischen und die Stadt habe Wettbewerbsvorteile gegenüber ihnen. Auf dem Platz Thun gibt es vier Gärtnereien inkl. dem Blütenreich. Der Gemeinderat schreibt, es bestehe eine gute Zusammenarbeit der privaten Gärtnereien mit der städtischen Gärtnerei. Zusammenarbeit ist angesagt, ansonsten wären die lachenden Dritten die Grossbetriebe.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, hält fest, dass das Blütenreich nicht mit Günstigpreisen die anderen Betriebe konkurrenzieren darf. Das „Primeli“ wird dort momentan für 50 Rappen verkauft, das ist unter den Gestehungskosten. Das sind durch die Stadt subventionierte Dumpingpreise. Ein solcher Betriebszweig müsste schon lange selbsttragend sein. Das Ausbilden von Lernenden rechtfertigt kein Defizit.

Suzanne Albrecht Wyss, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Sie bedauert, dass eine Einzelmeinung in der Gewerbepost einen solch umfangreichen Vorstoss ausgelöst hat. Stadtgrün hat sehr gute Beziehungen mit den Gärtnereien in Thun. Die Antwort des Gemeinderats überzeugt. Die Stadt Thun soll Lehrstellen anbieten. Die privaten Betriebe profitieren auch davon. Das Blütenreich wird ab nächstem Jahr wohl selbsttragend sein. Die Vorgaben werden gemäss Gemeinderat erfüllt.

Susanna Ernst-Reusser, **BDP-Fraktion**, ist langjährige Kundin im Blütenreich. Dieses hat sich sehr gut entwickelt. Alle, die in der Nähe eines Friedhofs einkaufen müssen, sind froh über die Möglichkeit. Man muss nicht immer am günstigsten Ort einkaufen. Das Blütenreich hat seine Berechtigung, es soll weiter bestehen. Es macht einen guten Job.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, ist erfreut über die Antwort des Gemeinderats. Die Gärtnereien arbeiten zusammen. Sie treten gemeinsam in übergeordneten Gremien auf. Sie stehen untereinander nicht in Konkurrenz, sondern treten gemeinsam gegen die grossen Gartencenter auf. Es geht um das Bereitstellen eines marktorientierten Angebots rund um eine spezielle Situation und um das Anbieten von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen, letztlich auch zugunsten der Privatwirtschaft. Es geht um das Anbieten von Arbeitsplätzen zu fairen Löhnen in einer Tieflohnbranche. Auch Lohnempfänger zahlen Steuern, und zwar nach Verdienst.

Gemeinderat Roman Gimmel hält fest, dass erstens das Blütenreich keine Dumpingpreise hat, vielleicht gibt es Ausnahmen. Das ist aber sicher nicht die Regel. Zweitens hat die Trauerfloristik eine gewisse Nähe zum Friedhof. Bei den Hochzeitsarrangements geht es nur um 3 bis 6 Aufträge im Jahr. Drittens gibt es ein gemeinsames Inserat von sieben kleinen Gärtnereien, nämlich dem Blütenreich und sechs Privaten. Die Zusammenarbeit ist also wirklich gut. Viertens ist die Abgrenzung zwischen öffentlicher Hand und Privatem ein endloses Thema. Die Beurteilung muss immer wieder von neuem gemacht werden.

24. Interpellation "Strategie 2012+" der WIA Wohnen im Alter AG

SVP-Fraktion vom 27. März 2013; Dringlichkeit

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit. Die Zeit drängt, da sich bis jetzt noch keine Lösung abzeichnet. Die BewohnerInnen und Angehörigen sind beunruhigt. Der Vorstoss soll Klarheit schaffen.

Der Gemeinderat ist mit der Dringlichkeit einverstanden.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit einstimmig zu.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident informiert über die Informationsveranstaltung Schlossberg für alle SAKOs bzw. Ratsmitglieder. Der Anlass findet am Dienstag, 30. April 2013 um 17.00 Uhr statt. Die genaue Örtlichkeit wird der noch zu versendenden Einladung zu entnehmen sein.

Eingänge

- Interpellation "Strategie 2012+" der WIA Wohnen im Alter AG; SVP-Fraktion vom 27. März 2013 (Dringlichkeit angenommen)

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Peter Aegerter

Remo Berlinger